

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verantwortlich: Redaktionsrat
Herausgeber: Dr. G. G. G.
Druck: K. G. G.

Verlagspreis: 1.00 M. pro Quartal
Anzeigenpreis: 1.00 M. pro Zeile
Abonnement: 3.00 M. pro Quartal

Druck: K. G. G.
Verlag: K. G. G.
Königsplatz 10

Konditorei Schmorl
Wilsdruffer Straße 20
Amalienstraße 9-10
Butter-Pfannkuchen
Dresdens größter Konditoreibetrieb!

Drucksachen für Handel und Gewerbe
in moderner Ausführung erhalten Sie durch die
Graph. Kunstanstalt Liepsch & Reichardt
Marienstraße 30/42 Fernruf-Sammelnnummer 25261

Café Hülfert Konzert-Konditorei
Prager Straße
Ecke Sidonienstr.
Täglich Konzerte **Der Balkon Dresdens**
Gustav Agunte

Polen setzt seine Gewaltpolitik fort

Vor neuen Deutschenenteignungen

Erfolgreicher oberschlesischer Protest gegen die letzten Sejmwahlen

Parzellierungen im Korridor

Warschau, 4. Febr. Die von gutunterrichteter Seite verlautet, soll das polnische Ministerium für Agrarreform neuerdings eine Parzellierungsliste ausgearbeitet haben, wonach hauptsächlich im polnischen Korridor weitgehende Enteignungen stattfinden sollen. Die Parzellierung werde sich fast ausschließlich auf deutschen Grundbesitz erstrecken, da der Anteil polnischen Grundbesitzes an den zur Enteignung bestimmten etwa 1000 Hektar Gesamtfläche höchstens 5 v. H. betrage. Die neue Parzellierungsliste dürfte am 15. Februar bereits veröffentlicht werden.

Katowice, 4. Febr. Am 3. Februar wurden nunmehr nach fast zwei Jahren die Proteste aus den ober-schlesischen Wahlkreisen, die gegen die Sejm- und Senatswahlen vom März 1928 eingelegt wurden, vor dem obersten Gericht in Warschau verhandelt.

Nach sechsstündiger Beratung kam das Gericht trotz des erdrückenden Beweismaterials zu der Überzeugung, die Proteste mangels konkreter Beweise abzuweisen. Die dem Polwoden Gracinski zur Last gelegte Wahl- agitation sei nur allgemeiner Natur und für etwaige Miß-

griffe sei das Strafgericht zuständig gewesen. Auch über die Verwendung von farbigen Wahlzetteln sei im Wahlgesetz nichts enthalten, was diese Maßnahme für unzulässig erklären würde. Ebenfalls konnte festgestellt werden, ob auf die Wähler ein gewisser Zwang ausgeübt wurde. Die Ablehnung der Proteste und die Begründung wird sowohl von der deutschen als auch von der polnischen Oppositionspresse lebhaft kommentiert.

Ein Appell an den Vetter Ostpreußens

Der Landesverband Ostpreußen der Deutschnationalen Volkspartei an Hindenburg

Berlin, 4. Febr. Am Abschluß des großen ostpreussischen Landessparteitages der Deutschnationalen Volkspartei richtete der Vorsitzende des Landesverbandes Ostpreußen, General Sell, einen feierlichen Appell an den Reichspräsidenten von Hindenburg, in dem es heißt:
All unser Kampf gilt ja allein der Freiheit unseres Volkes und Vaterlandes. Wir Ostpreußen kennen den Freiheitskampf von jenen schicksalsschweren Augusttagen des Jahres 1914, als uns der Vetter erkannte in der Person des Feldmarschalls von Hindenburg. Ein neuer Freiheitskampf hat begonnen, wenn in ihm auch zur Zeit der Schlachtenlärm verstummt ist. Möge Gott es fügen, daß unser Feldmarschall seine Stunde erkennt und uns noch einmal den Weg zur Freiheit bahnen hilft.

Lustreklame für Milch

Futtermittel aus Holz

Je härter der Konkurrenzkampf auf allen Gebieten des menschlichen Zusammenlebens wird, um so mehr entwickeln sich Reklame und Propaganda, um so drastischer werden ihre Mittel, um die Aufmerksamkeit der Mitwelt auf sich zu lenken. Von der Anzeige, dem Plakat, der Zeitschrift bis zur Lustreklame ein buntes, wüchsiges und immer packender Zug. In jedem Geschäftszweig erleben wir mit jedem Tag tausend neue, drollige und originelle Einfälle der Reklamefachleute, um Seine Majestät den Kunden auf die Vorzüge der angepriesenen Ware zu lenken. Wunderbar es uns, daß auch die Landwirtschaft in ihrem schweren Existenzkampf zu dem bunten Reigen der Reklame greift? Daß auch sie sich die Ideen modernster Kundenwerbung sunnige macht? Sie bleibt damit nur im Tempo unserer Wirtschaftsentwicklung, geht mit dem Zuge der Zeit, die Standardisierung, Rationalisierung und die Schaffung von Markenartikeln fordert. Auch in seinen Nahrungsmitteln verlangt der großstädtische Verbraucher jetzt gleichbleibende Qualität. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben diesen Anspruch längst erkannt. Es gibt bereits deutsche Markenbutter, und in gewissem Sinne auch deutsche Markenmilch, in kurzer Zeit werden wir deutsches Markenedelobst haben, ja sogar das deutsche Marken-Ei. Wir haben damit einen Weg beschritten, den die holländische und die dänische Landwirtschaft zu unserem Nachteil und ihrem Nutzen uns bereits seit einiger Zeit vorangegangen sind. Diesen Vorsprung des Auslandes gilt es auf den deutschen Märkten durch die Tat einzuholen und durch die nötige Reklame zu unterstützen. Denn der großstädtische Verbraucher muß wissen, daß er jetzt für sein Geld, wenn er es in den entsprechenden deutschen landwirtschaftlichen Artikeln anlegt, etwas Gleichwertiges, ja sogar etwas Besseres bekommen kann, als es die entsprechenden ausländischen Produkte sind. Wir Menschen sind Sklaven der Gewohnheit, und es braucht daher einige Zeit, bis wir uns von unserer Gepflogenheit, etwa dänische Butter statt deutscher zu kaufen, losgelöst haben. Hier muß die Reklame eingreifen. Und es war vielleicht eine sehr originelle Propagandaidée unserer Landwirtschaft, nämlich der „Grünen Woche“ in Berlin einen Freiluftmarkt zu kaufen, der in Zukunft, im blauen Reiter feiernd, uns zum Mehrverbrauch der deutschen Molkeerzeugnisse anregen soll. Eine große Zuschauermenge hatte sich zu diesem Ereignis eingefunden, und daß es sich dabei nicht etwa allein um private Gewinnbestrebungen handelte, sondern um eine große volkswirtschaftliche Angelegenheit, ging aus der Anwesenheit zahlreicher Reichs- und Landesbehörden zur Genüge hervor. Der deutsche Landwirtschaftsminister hielt eine Ansprache, in der er die Bedeutung der Aktivierung unserer Handelsbilanz hervorhob und mit dem Ruf: „Gib ab!“ durch Verschlag einer Milchflasche an der Gondel des Ballons den Tausch vollzog. Dann trat der erste farbige Luftballon, in Silber, Rot und Blau gehalten, seine erste Fahrt an.

Was sind nun die tieferen volkswirtschaftlichen Hintergründe dieser lustigen und hübschen Reklamedee? Mit kurzen Worten: Die Notwendigkeit, unseren Ausfuhrüberschuss mit allen Mitteln durch Senkung der Einfuhr zu steigern und den Binnenmarkt zu kräftigen, als wirksamste Mittel zur Bekämpfung unserer fast chronisch gewordenen Erwerbslosigkeit. Denn jede Mark, die im Lande bleibt, setzt deutsche Arbeiter ins Brot, und jede Mark, die ins Ausland geht, bewirkt das Umgekehrte zugunsten fremder Arbeiter. Wir haben in dieser Hinsicht bereits beachtliche Erfolge erzielt. Unsere Ausfuhr stieg in stetig steigender Linie von 1924 bis 1929 von 7 Milliarden auf 13½ Milliarden, während sich gleichzeitig die Einfuhr seit 1927 von fast 14 Milliarden auf etwas über 13 Milliarden senkte. Wenn sich trotz unserer Industrie in einer rückläufigen Konjunktur befindet, so ist das in erster Linie auf das Versagen des Binnenmarktes durch die Krise der Landwirtschaft zurückzuführen. Die Werte, die der deutsche Bauer schafft, stehen ja denen der Industrie keineswegs nach. So erzeugt Deutschland mit seinen 10 Millionen Milchkuhen im Jahre ungefähr 20 Milliarden Liter Milch, die einen Wert von 4 Milliarden Mark darstellen. Das ist fast das Doppelte der deutschen Kohlenproduktion. Hinzu kommt, daß der Erlös aus der Milchzeugung die Haupteinnahmequelle des für die soziale Struktur unseres Landes so wichtigen Kleinbauern ist. Trotz dieser Milliardenlumen deutscher Milchproduktion führen wir aber immer noch für 600 Millionen Mark Milchzeugnisse aus dem Ausland ein, die wir sparen könnten, wenn sich der Absatz der entsprechenden deutschen Erzeugnisse erhöhen würde. Denn die deutsche

Der Reichsbankdiskont auf 6 Prozent ermäßigt

Erhöhter Gewinnanteil des Reiches

Berlin, 4. Febr. Die Reichsbank hat den Wechsel- diskont von 6,5 Proz. auf 6 Proz. und den Lombard- zinsfuß von 7,5 auf 7 Proz. herabgesetzt. (Siehe auch Handelsteil.)

Berlin, 4. Febr. In der heutigen Zentralbank- schlußung der Reichsbank wurde auch Mitteilung über die zukünftige Gewinnverteilung bei der Reichsbank gemacht. Der Anteil des Reiches soll danach auf das vierfache des bisherigen, der in den letzten beiden Jahren etwa je 5 Millionen betrug, erhöht werden.

Von den ersten 25 Millionen des Gewinnes soll das Reich 7 Prozent, die Anteilhaber 25 Prozent erhalten. Von den nächsten 20 Millionen das Reich 90, die Anteilhaber 10 Prozent. Von einem eventuellen Restbetrag das Reich 95, die Anteilhaber 5 Prozent.

Die Reserve, die bisher vorweg mit 20% dotiert wurde, soll in Zukunft nur noch 10% erhalten. Der Mindestkapital von 5 für die Anteilhaber bleibt bestehen. Man könne, sofern die Reichsbank etwa 80 Millionen herauswirft, auf absehbare Zeit mit einer Dividende von 12% für die Anteilhaber rechnen. Hierzu wird vielleicht in gewissen Zeit- räumen (etwa aller fünf Jahre) ein besonderer Bonus von 1% treten. Als Entschädigung für die Beschränkung der Anteilhaber in ihren Gewinnanteilen sollen auf je vier Reichsbankaktie zu je 100 Reichsmark eine Gold- diskontbank-Aktie im Nominalwert von 10 Pfund und ein Reichsbankanteil gewährt werden.

Das geänderte Reichsbankgesetz

Die Begründung der Reichsregierung

Berlin, 4. Febr. (Fig. Drahtbericht.) Im Hinblick auf die Entschleunigung der sozialdemokratischen Reichstags- fraktion ist die Begründung der Reichsregierung zum Änderungsgesetz zum Reichsbankgesetz beachtenswert. In der Stellung genommen wird zur Erneuerung des Reichs- bankgesetzes und des Generalrates. In dieser Begrün- dung heißt es unter anderem:
Die Neufassung war erforderlich einmal Infolge des nach dem neuen Plan vorgesehenen Wegfalls der aus- ländischen Mitglieder des Generalrates, sowie um der Reichsregierung die ihr im allgemeinen Reichsinteresse zukommende Einflußnahme bei der Bestellung der Leitung der Bank ausreichender als bisher sicher zu stellen. Hierbei war an dem bisherigen Grundgedanken der Unabhängigkeit der Leitung der Bank festzuhalten,

zumal nach Wegfall der Schutzbestimmungen des Dawesplans die beste Garantie für die Aufrechterhaltung der deutschen Währung in der Reichsbankleitung selbst liegt. Die Wahl des Präsidenten durch den Generalrat war daher beizu- behalten, wobei dem Reichsbankdirektorium das Recht, vorher gehört zu werden, neu zugesprochen worden ist. Ebenso erfolgt auch weiterhin die Ernennung der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums nach Zustimmung des Generalrates durch den Präsidenten. Bei voller Wahrung des Grundgedan- kes der Unabhängigkeit der Reichsbank erschien es jedoch an- gebracht,

das bisherige beschränkte Befähigungsrecht des Reichs- präsidenten bei der Ernennung des Reichsbankpräsidenten in ein echtes Befähigungsrecht umzuwandeln.

Ebenso ist die Bestellung der Mitglieder des Reichsbank- direktoriums foran von der Bestätigung durch den Reichs- präsidenten abhängig gemacht worden.

Auf denselben Erwägungen beruht der Zusatz, wonach die Auserkennung des Präsidenten oder eines Mitgliedes des Direktoriums der Bestätigung durch den Reichspräsidenten bedarf. Während die schon bisher für eine Zuwahl oder Ergänzung des Reichsbankdirektoriums durch Wahl eines neuen Kandidaten erforderliche Zustimmung des Reichsbank- direktoriums auf Grund eines einfachen Mehrheits- beschlusses erteilt oder verweigert werden konnte, soll jetzt die Zustimmung nur dann als verweigert gelten, wenn zwei Drittel der Mitglieder gegen die Wahlende gestimmt haben. Diese Abweichung von der für die Beschließung des Reichsbankdirektoriums allgemein ent- schiedenen Abstimmungsart ist angeht des Um- standes vertretbar, daß vorher bereits der Generalrat und der Präsident sich über die Wahl geeinigt haben müssen, und daß überdies

die endgültige Entscheidung in der Hand des Reichs- präsidenten ruht.

Die neue Bestimmung, wonach eine Fällungsnahme des Vorsitzenden des Generalrates mit der Reichsregierung über die vom Generalrat für die Wahl in Aussicht ge- nommenen Mitglieder vorgelesen ist, bezweckt, der Reichs- regierung die Möglichkeit zur Stellungnahme und zur Auserkennung etwaiger Wünsche über die Stellenbesetzung zu geben.

Auf Empfehlung des Deutschen Sparkassen- und Girover- bandes wird die erneute Herabsetzung des Reichsbankdis- kontes um 1/2 Proz. bei den Sparkassen eine Ermäßigung des Spareinlagenzinsfußes um 1/2 Proz. zur Folge haben. Daraus ergibt sich die Möglichkeit einer entsprechen- den Senkung der Zinssätze für Hypothekendarlehen und Kom- munalbankdarlehen. Im kurzfristigen Geld- und Kreditverkehr ermäßigen sich, wie auch sonst bei einer Diskontherabsetzung, die Bedingungen automatisch.